

Deutschland ist Hochsteuerland für Unternehmen, Twitter entlässt weitere 200 Mitarbeiter, Streiks bei der Deutschen Bahn befürchtet

Deutschland ist Hochsteuerland für Unternehmen

In Deutschland werden im europäischen Vergleich Unternehmen durchschnittlich stärker mit Steuern belastet als in anderen großen Volkswirtschaften innerhalb Europas. Dies berichtet die „Welt am Sonntag“ vorab unter Berufung auf eine Auswertung des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Der Grund: Fehlende Reformen in Deutschland. Die letzte umfassende Unternehmenssteuerreform läge 15 Jahre zurück. Vor Deutschland rangieren in der ZEW-Auswertung im internationalen Vergleich lediglich Japan (34,1 Prozent) und Spanien (29,0 Prozent). Die deutsche Wirtschaft hat deshalb eine schnelle Entlastung mit einem künftigen Steuerziel von 25 Prozent gefordert. ([Manager Magazin](#))

Twitter entlässt weitere 200 Mitarbeiter

Laut der „New York Times“ hat Twitter am Wochenende (KW 8, 2023) mindestens weitere 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen. Dies entspricht fast zehn Prozent der zuletzt 2300-köpfigen Belegschaft. Damit setzt sich die Kündigungswelle bei dem US-Onlinenetzwerk nach der Übernahme durch Elon Musk offenbar fort. Seit Oktober 2022 hat sich das Unternehmen nach Angaben des Techportals „The Information“ von rund 70 Prozent seiner Belegschaft getrennt. Musk hatte die Social-Media-Plattform vergangenes Jahr für 44 Milliarden US-Dollar

gekauft. ([Spiegel Online](#))

Streiks bei der Deutschen Bahn befürchtet

Bald könnten auch wieder Züge in Deutschland für ein paar Stunden – oder auch deutlich länger stillstehen. Bei der Bahn stehen in diesem Jahr zwei Tarifrunden an. Von diesem Dienstag (28.02.2023) an verhandelt der Konzern mit der großen Eisenbahngewerkschaft EVG, im Herbst 2023 dann folgt die Runde mit der deutlich kleineren Lokführergewerkschaft GDL, deren Chef Claus Weselsky den Menschen hierzulande aus früheren massiven Streikwellen noch bestens bekannt ist. Man kann davon ausgehen, dass in diesem Frühjahr 2023 nicht alles so geräuschlos vonstattengeht wie in früheren Jahren. Das liegt an der äußerst hohen Forderung, die die EVG beschlossen hat. Zwölf Prozent mehr Geld verlangt sie für ihre Beschäftigten, genau genommen ist ihre Forderung aber noch deutlich höher. Auf durchschnittlich satte 18 Prozent mehr kommen Bahn-Insider. Klar ist bereits jetzt: Die Verhandlungen werden so schwierig wie selten. Mehr dazu [hier](#). ([Süddeutsche Zeitung](#))